



© Foto: Salvadore Brandt



© DBT / Foto: Tobias Koch



*Dr. Hans-Peter Friedrich im Gespräch mit Emmi Zeulner MdB, Andreas Jung MdB und einer Ordensschwester bei der Zusammenkunft der Bundesversammlung anlässlich der Wahl des Bundespräsidenten am vergangenen Sonntag.*

## Liebe Leserinnen und Leser,

in den kommenden vier Jahren ist es die Aufgabe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die Regierung zu kontrollieren, dabei eigene Akzente zu setzen und die besseren Alternativen aufzuzeigen.

Unsere Arbeitsschwerpunkte werden insbesondere auf den Themen Wirtschaft - mit einem klaren Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft, Klimawandel, innere und äußere Sicherheit sowie Generationengerechtigkeit liegen. Dies hat auch Friedrich Merz in dieser Woche betont, nachdem er mit eindrucksvoller Mehrheit zum neuen Fraktionsvorsitzenden gewählt worden ist. Seine Wahl ist ein starkes Signal des Aufbruchs und die klare Ansage, 2025 wieder stärkste Kraft zu sein.

Seit Wochen sehe ich mit großer Sorge, wie Energie- und Spritpreise ungebremst ansteigen. Die Ampel-Koalition schaut bislang tatenlos zu und zeigt keinerlei Perspektiven auf, Menschen und Unternehmen zu entlasten. Es droht unumkehrbarer Schaden, vor allem in den strukturschwachen Räumen. Arbeitsplätze, die dort verloren gehen, kommen nicht mehr zurück. Energiepolitik ist immer auch Sozialpolitik. Dies ist der neuen Bundesregierung offenbar noch nicht klar.

**Herzliche Grüße**

**Hans-Peter Friedrich**

### Diese Woche

Energiepreisexlosion stoppen – Arbeitsplätze sichern

„Dieselinsel“ auf Wasserstoff umstellen

Baukindergeld auch in Hochfranken ein voller Erfolg

2

3

3

Treten Sie mit mir in Kontakt:





## Energiepreisexplosion stoppen – Arbeitsplätze sichern

Unter den Energiepreissteigerungen um bis zu 40 Prozent in diesem Winter leiden nicht nur die Verbraucher, sondern auch die Unternehmen. Wirtschaft und Arbeitsplätze sind in Gefahr. Investitionen und Innovationen werden ausgebremst, die so nötig sind für die Transformation unserer Industrie und das Erreichen der Klimaziele.

Die EU-Kommission hat den Mitgliedstaaten bereits im Oktober einen Instrumentenkasten (EU-Toolbox) an die Hand gegeben, mit dem Sie durch Sofortmaßnahmen Bürger und Unternehmen entlasten können. Anders als viele andere EU-Mitgliedstaaten hat die Bundesregierung bisher keines dieser Instrumente genutzt.

Wir haben in dieser Woche die Bundesregierung mit einem Antrag zum unmittelbaren Handeln aufgefordert bevor die ersten Unternehmen aufgeben müssen:

- Die EEG-Umlage muss zum nächst möglichen Zeitpunkt abgeschafft werden.
- Die Umsatzsteuer auf Strom-, Gas- und Fernwärmelieferungen für die Jahre 2022 und 2023 muss auf den ermäßigten Umsatzsteuersatz von sieben Prozent abgesenkt werden.
- Die Stromsteuer ist in einem weiteren Schritt von derzeit 20,05 Euro pro MWh auf den unionsrechtlich zulässigen Mindeststeuersatz von 1 Euro pro MWh bei nichtgewerblicher und 0,5 Euro pro MWh bei gewerblicher Nutzung abzusenken.



© DBT/ Foto: Leon Klügel

*In dieser Woche mussten sich der Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Dr. Robert Habeck MdB (Zweiter von rechts) sowie der Parlamentarische Staatssekretär Oliver Krischer MdB (Dritter von rechts) den Fragen der Abgeordneten (ganz links: Dr. Hans-Peter Friedrich MdB) im Ausschuss für Klimaschutz und Energie stellen.*

Die Situation in der oberfränkischen Porzellan-, Textil- und Glasindustrie spitzt sich zu. Tausende Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel, ganze Wirtschaftszweige drohen wegzubrechen.

Zur aktuellen Situation habe ich mich bei TVO geäußert. Den Bericht können Sie [hier](#) abrufen.





## **„Dieselinsel“ auf Wasserstoff umstellen!**

Nach der Ankündigung des Chefs der Deutschen Bahn, bis 2040 den Dieselmotoren den Vorrang zu nehmen und Wasserstoffzüge auf die Schiene zu bringen, muss Oberfranken zur Modellregion für Wasserstoffzüge werden. Dazu habe ich die Bayerische Staatsministerin für Bau, Wohnen und Verkehr, Kerstin Schreyer MdL, in einem Schreiben aufgefordert.

Mit der Inbetriebnahme der Wasserstoff-Produktion in Wunsiedel entsteht die Möglichkeit, die „Dieselinsel Oberfranken“ auf Wasserstoff umzustellen und Oberfranken zu einem Vorreiter bei der Umstellung auf CO<sub>2</sub>-neutralen Schienenverkehr zu machen. Die Wasserstoffproduktion in Wunsiedel erfolgt in unmittelbarer Nähe der Eisenbahnlinie, so dass von dort der gesamte oberfränkische Schienenverkehr versorgt werden könnte. Gleichzeitig bietet sich an, das Bahnbetriebswerk Hof zu einem Kompetenzzentrum für die Wartung von Wasserstoffzügen weiterzuentwickeln.

Der Ball liegt jetzt bei der Bayerischen Staatsregierung, im Rahmen des nächsten Vergabeverfahrens für den Regionalverkehr Oberfranken unsere hervorragende Ausgangssituation zu berücksichtigen und die Vergabe mit Wasserstoff betriebenen Neufahrzeugen auszuschreiben. Sobald die Grundsatzentscheidung gefallen ist, könnte sofort mit Planung und Ausbau der Wasserstoffinfrastruktur begonnen werden.

## **Baukindergeld auch in Hochfranken ein voller Erfolg**

Das 2018 eingeführte Baukindergeld war im vergangenen Jahr auch in Hochfranken ein voller Erfolg. Dies belegen die Zahlen zu den Baukindergeld-Zuschüssen, die die KfW-Bank in der vergangenen Woche für die Stadt Hof sowie die Landkreise Hof und Wunsiedel im Fichtelgebirge bekanntgegeben haben. Insgesamt wurden 4,5 Mio Euro an 199 Antragsteller bewilligt.

Damit wurden junge Familien, die sich ein Eigenheim schaffen wollen, entlastet. Angesichts der weiter steigenden Baupreise und Wohnungsmieten sollte das Instrument Baukindergeld unbedingt fortgesetzt werden.

### Impressum

Herausgeber: Dr. Hans-Peter Friedrich MdB, CSU im Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Telefon: 030 / 227 77491, E-Mail: [hans-peter.friedrich@bundestag.de](mailto:hans-peter.friedrich@bundestag.de),

Fax: 030 / 227 76040

Bildnachweis soweit nicht gesondert gekennzeichnet: privat